

**12. Gemeinsamer Europatag
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
und des Österreichischen Gemeindebundes
am 09./10. Mai 2019 in Weeze**

Weezer Europapolitische Deklaration der Städte und Gemeinden

Für Europa muss man aufstehen!

Am 26. Mai 2019 finden die Europawahlen statt. In Deutschland werden am selben Tag in zehn Bundesländern Kommunalwahlen stattfinden, im Bundesland Bremen zudem die Wahl der Bürgerschaft.

Schon jetzt zeigt sich im Europawahlkampf: Europa ist kein Selbstläufer, für Europa muss man aufstehen. Und die Gegner Europas könnten in der Wahl stärker werden.

Zur Europawahl und zur Europäischen Integration hat der 12. Gemeinsame Europatag einstimmig beschlossen die

„Weezer Europapolitische Deklaration der Städte und Gemeinden“

Für Europa muss man aufstehen, Gesicht zeigen und sich einsetzen. Viel zu lange wurde in Sonntagsreden verkündet: Europa ist nicht mehr aufzuhalten. Die Realität beweist uns das Gegenteil – Europa ist kein Selbstläufer. Das zeigen uns der Ausgang des Brexit-Referendums in Großbritannien und das Erstarren europafeindlicher Kräfte in einer Anzahl von EU-Mitgliedsstaaten. Dabei ist ein einiges Europa für uns alle nicht nur Garant für Wachstum, Wohlstand und Stabilität, sondern vor allem – und nicht zu vergessen – für Frieden.

Wir brauchen eine EU, die sich den Menschen erklärt, ihre Vorteile, ihren Nutzen und ihre Unverzichtbarkeit überzeugend darlegt und zeigt. Dazu bedarf es einer echten und fairen europäischen Partnerschaft aller öffentlichen Ebenen: der EU, der Mitgliedstaaten, der Länder und Regionen und nicht zuletzt der Städte und Gemeinden. Nur dann wird es Populisten mit ihren einfachen Parolen nicht mehr gelingen, Massen gegen Europa in Bewegung zu bringen.

Die Brexit-Entscheidung mag im Vereinigten Königreich mit einer unfairen Kampagne voller Halbwahrheiten und Falschmeldungen erzielt worden sein. Zur Grundstimmung beigetragen haben auch eine Abfolge von Premierministern, die mit "EU-Bashing" innenpolitische Schlachten geschlagen haben.

Der Brexit sollte nun als Chance für Europa gesehen werden. Die Kommunen müssen sich an der aktuellen Zukunftsdebatte beteiligen und Kritik vorbringen, dort wo sie nötig ist. Das große Ganze ist dabei nicht aus den Augen zu verlieren, d.h. auch die Kommunen und ihre Verbände können dazu beitragen, die Komplexität des europäischen Einigungswerks und europäischer Entscheidungsfindung zu erklären.

Das Europäische Projekt ist ohne Alternative, es muss jedoch wie jedes politische System die Fähigkeit entwickeln, auf Krisen rasch und effizient zu reagieren und ggf. neue Wege zu diskutieren. Die konkreten Ergebnisse dieser Diskussion müssen auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips und der Anerkennung der autonomen Rechte der Kommunen in Europa stehen. Der Verband lehnt sich hier an die Deklaration des Europäischen CEMR/RGRE (Manifesto 2019) an.

Wir betonen die Notwendigkeit, dass für alle Teile Europas gleichwertige Lebensbedingungen erstrebt oder gesichert werden müssen. Dies erfordert eine Beibehaltung der Strukturfondsförderung für alle EU-Staaten, denn diese schafft einen Mehrwert in den Regionen und Kommunen und aktiviert Europa vor Ort. Die EU-Regionalpolitik muss aber auf den Prüfstand und beweisen, dass durch sie ausreichend in Innovation und zukunftsorientierte Infrastruktur wie Breitband und Digitalisierung investiert wird.

Zudem ist es notwendig, die Daseinsvorsorge in Europa zu stärken. Die Städte und Gemeinden stellen für den Menschen Heimat dar, die Menschen erleben Europa in ihrer Gemeinde, vor Ort. Mitunter auch in negativer Weise, wenn Städte und Gemeinden und deren kommunale Unternehmen um starke und hochwertige kommunale Daseinsvorsorgeleistungen im europäischen Binnenmarkt kämpfen müssen. Die EU muss akzeptieren, dass kommunale Daseinsvorsorge kein Hindernis für einen erfolgreichen EU-Binnenmarkt ist, sondern dessen Voraussetzung. Das EU-Wettbewerbs- und Beihilfenrecht muss auf die zwingend nötigen Vorschriften zum Schutze der europäischen Märkte reduziert werden. Schwellenwerte in diesen Rechtsbereichen müssen erhöht, Verwaltungsverfahren

vereinfacht, regionale nachhaltige Wirtschaftskreisläufe in einer mittelstands-freundlichen Ausgestaltung als Kernelement einer prosperierenden Wirtschaft ge-stärkt werden. Der Infrastrukturausbau im Bereich der Digitalisierung (Netzaus-bau) muss gerade für den ländlichen und Nicht-Metropolraum gestärkt werden, wenn der Wohlstand flächendeckend erhalten werden soll.

Die Binnenmarktpolitik der EU ist danach auszurichten.

Gerade im Zeitalter der Digitalisierung muss gelten: Wer in Europa sein Geld ver-dient, der muss auch in Europa seine Steuern bezahlen!

Hinsichtlich der Umwelt- und Klimapolitik der Union erklären sich die Kommunen dazu bereit, ihren Beitrag zu den verpflichtenden Zielen, die sich aus dem Pariser Klimaabkommen ergeben, zu leisten. Zu nennen sind u.a. ÖPNV, Wasserver- und -entsorgung sowie Bauplanung. Die Investitionen in diesen Bereichen legen deut-lich dar, dass die Städte und Gemeinden die Brisanz des Problems erkannt ha-ben. Diese Investitionen müssen von der EU gefördert und erleichtert werden.

Eine weitere Herausforderung ist die Migrations- und Integrationsfrage. Hier sollte ein dreifacher Ansatz verwirklicht werden. Er liegt zum einen in einer Stärkung ei-nes EU-weiten Grenzschutzes, zum anderen in den Anstrengungen der EU, den besonders betroffenen Nationalstaaten zu helfen, anerkannte Flüchtlinge zu integrieren und zum dritten in den Überlegungen der EU-Kommission, den Migrations-druck durch eine Ausbildungsoffensive für Migranten mit Rückkehrverpflichtung zu vermindern. Für die Ziele der EU-Migrationspolitik und die Sicherung der Außen-grenzen muss die EU über ausreichende Haushaltsmittel verfügen. Es sollen zu-dem vergleichbare Verfahrens- und Leistungsrechte in den Mitgliedsstaaten in der Asylpolitik angestrebt werden.

Weiterhin unterstützen wir die EU-Kommission in ihren Bestrebungen, einen voll integrierten Europäischen Energiebinnenmarkt zu schaffen. Eine gemeinsame eu-ropeäische Energiepolitik dient nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen (Schlüsselindustrie) den betroffenen Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Zur Umsetzung dieser Punkte ist es notwendig, dass sich möglichst viele Men-schen in den Kommunen mit den politischen Zielsetzungen der Europäischen Union identifizieren. Ausdruck dieser Identifikation ist eine hohe Wahlbeteiligung bei den anstehenden Europawahlen. Wir rufen unsere Mitglieder daher ausdrück-lich dazu auf, die Teilnahme an der Europawahl zu bewerben!

Geschehen in Weeze am Europatag, den 09. Mai 2019

Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6, A 1010 Wien
Telefon: +43 1 512 14 80;
Telefax: +43 1 512 14 80-72.
oesterreichischer@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstr. 6, D 12207 Berlin
Telefon: +49 30 77307 0;
Telefax: +49 30 77307 222
dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de

ANNEX

Allgemeine Forderung zur Integration der Kommunen in die Europapolitik

1. Forderungen an die Europäischen Union

a. Mehr politische Verantwortung für Kommunen auf europäischer Ebene!

Die EU muss den Städten und Gemeinden mehr politische Verantwortung gewähren und sie in ihre Arbeit miteinbeziehen. Es sollte in der EU-Kommission einen für die Städte und Gemeinden verantwortlichen Kommissar geben. Auf allen Ebenen sollte die EU den Städten und Gemeinden mehr Beachtung schenken und Aufmerksamkeit widmen, insbesondere dann, wenn es um das kommunale Selbstverwaltungsrecht geht. Der Präsident des Ausschusses der Regionen und Kommunen der EU sollte regelmäßig zur Teilnahme an den EU Ratsgipfeltreffen eingeladen werden.

b. Gelebte Subsidiarität garantiert Bürgernähe!

Die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind keine bloßen juristischen Begriffe. Ihre Einhaltung und Überwachung sind ein Weg zu Bürgernähe in Europa! Es muss garantiert werden, dass die Alleinzuständigkeit der Gemeinden für die örtlichen Fragen nicht durch die EU beeinträchtigt wird. Die Kommunen wissen am besten, was vor Ort wie zu regeln ist. Wir fordern, dass es im jährlichen Subsidiaritätsbericht der EU ein explizites Kapitel über die Rolle der Kommunen und die Achtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gibt! Alle europäischen Gesetzesvorhaben müssen gehaltvolle Darlegungen zu Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sowie echte Folgenabschätzungen über die administrativen und finanziellen Auswirkungen auf Städte und Gemeinden enthalten. Umgekehrt erwarten die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden, dass Europa handlungsstark und effektiv die europäischen Fragen und Herausforderungen angeht und meistert! Eine starke EU ist unser aller Garant für Sicherheit, Wohlstand und Wachstum.

c. Mehr Kooperation zwischen der EU und den Kommunen!

Viel zu lange hatte man in den Städten und Gemeinden das Gefühl, dass von Brüssel aus über sie hinweg regiert wird. Ein Modell des partnerschaftlichen Zusammenwirkens aller demokratisch legitimierten Ebenen muss verwirklicht werden: In der EU, im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Auf allen Ebenen muss gegenseitiger Respekt herrschen und bei allen politischen und gesetzgeberischen Entscheidungen muss die Frage über die Auswirkungen bzw. Folgen für die betroffenen Ebenen geklärt sein. Der fortdauernde Dialog und der Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden muss in den europäischen Institutionen weiter ausgebaut werden.

d. Städtepartnerschaftsarbeit fördern - Europäisches Bewusstsein schaffen!

Die Städte und Gemeinden fordern: Die EU muss 1 Euro pro Einwohner im Jahr zur Förderung der kommunalen Partnerschaftsarbeit ausgeben! Städtepartnerschaften sind gelebter europäischer Gemeinsinn und Völkerverständigung im wörtlichen Sinne.

Beginnend bei Schüleraustauschen, über Bürgerbegegnungen bis hin zur Zusammenarbeit der Unternehmen ist eine aktive kommunale Partnerschaftsarbeit in

Europa von unschätzbarem Wert und eine konkrete Möglichkeit, ein europäisches Bewusstsein zu verankern.

2. Forderungen an den Bund und die Länder

a. Kommunen in Europa auf die politische Agenda!

In der Bundesregierung und in den Landesregierungen sowie den entsprechenden Parlamenten gilt gleichermaßen: Bei europapolitischen Mit-Entscheidungen gehören die Städte und Gemeinden und das kommunale Selbstverwaltungsrecht auf die Agenda! In den Ministerien und in den Fraktionen muss es Ansprechpartner für kommunale Europabelange geben. Die kommunalen Spitzenverbände müssen stets informiert und konsultiert werden.

b. Europagesetzgebung vom Konnexitätsprinzip erfassen!

Die Umsetzung von EU-Vorgaben kostet oft viel Geld, nicht zuletzt kommunales Geld. Diese Umsetzung wird aber regelmäßig nicht von den Konnexitätsregelungen in den Ländern erfasst. Das muss sich ändern, zudem die Länder über den Bundesrat sehr wohl eine starke Mitwirkungsstellung in der EU haben und deren Gesetzgebung mitverursachen.

c. Kommunale Europafähigkeit und -kompetenz stärken!

Die Europakompetenz der Kommunen muss weiter gestärkt werden. Vorbildhafte wie erfolgreiche Leuchtturmprojekte wie die der Europafähigen Kommune in NRW und Schleswig-Holstein müssen weitergeführt und auch in andere Länder übertragen werden. Europa und die europäische Integration müssen der Inhalt der Lehrpläne der Schüler, aber auch Auszubildenden der Fort- und Weiterbildungen für die Angestellten des öffentlichen Diensts sein!

d. Kommunale Zusammenarbeit der Kommunen und Partnerschaften fördern!

Die Förderung der europäischen Städtepartnerschaftsarbeit, aber auch der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich Bestandteile der Europa-, Bundes- und Landespolitik sein. Hierbei sollte die Jugend- und Bürgerbegegnung in den Vordergrund rücken, ergänzt um die inhaltliche und thematische Kooperation vor allem bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele.

3. Selbstverpflichtung der Städte und Gemeinden

a. Kickstart für Europa – Städtepartnerschaften fördern!

Die europäische Idee ist kein Selbstläufer, sondern bedarf des stetigen Engagements und immer wieder neuer Impulse. Städte und Gemeinden müssen hier einen aktiven Beitrag leisten. Insbesondere die junge Generation muss stärker mit in den gelebten Austausch eingebunden werden. Kommunen sind so Plattformen für die Schaffung einer starken europäischen Zivilgesellschaft!

b. Europatag in den kommunalen Veranstaltungskalender!

Ein Europatag oder eine Europawoche sollte sich in dem Veranstaltungskalender jeder Stadt und Gemeinde finden! Europa muss sichtbar für ihre Bürgerinnen und Bürger werden! Mithilfe von Volksfesten, Austauschbegegnungen mit der jeweiligen Partnerkommune oder Diskussionen zu europäischen Themen bringen wir Europa auch in kleine Städte und Gemeinden.

c. Europa-Ansprechpartner in Rathäusern und Ratsfraktionen!

Europaarbeit braucht Gesichter, Köpfe und Hände. Auch in den Städten und Gemeinden. Sowohl Ratsverwaltungen, als auch Ratsfraktionen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Ansprechpartner für das Thema "Europa in meiner Gemeinde" benennen. Diese können als Multiplikatoren und Anlaufstelle für ein europäisches Engagement einen wirksamen Beitrag liefern. Vielen Städten und Gemeinden wird es dabei nicht möglich sein, ein kommunales Europabüro einzurichten. Aber auch mit wenigen Mitteln kann Europa greifbar gemacht werden, wie beispielsweise durch Bürgerdialoge rund um das Thema Europa.

d. Europa in der Verbandsarbeit verankern und mitgestalten!

Europäisches Engagement muss die Arbeit der repräsentativen und gesellschaftlich wirksamen Verbände und Institutionen mitprägen, nicht zuletzt auch der kommunalen Spitzenverbände selbst. Europa muss fester in der Verbandsarbeit verankert werden. Im Veranstaltungskalender, in der politischen Positionsbestimmung und bei der Vorbild- und Multiplikatorenrolle, die die repräsentativen Verbände wahrnehmen. Der DStGB wird hier mehr Verantwortung und eine führende Rolle übernehmen.

e. Auf nach Brüssel und Straßburg - mitmachen!

Europapolitik ist keine Einbahnstraße und zwingt die lokale Ebene, das Beschlossene umzusetzen, im Gegenteil. Städte und Gemeinden können EU-Politik mitgestalten, indem sie aktiv auf die Europapolitiker und -politikerinnen in ihrer Region zugehen! Abgeordnete des Europaparlaments, europapolitische Sprecher in den Landtagen und im Deutschen Bundestag sind ein Sprachrohr für lokale Forderungen und Bedürfnisse. Zudem sollten Bürgermeisterkonferenzen in ihren Veranstaltungskalender auch einmal eine Studienreise nach Brüssel oder nach Straßburg einplanen. So könnten sie einmal hautnah selbst vor Ort erleben.